

## **Mein Weg in der Politik**

Vortrag beim Forum "Christ und Politik" der Evangelischen Allianz  
in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 31. März 2006

### Anrede

Ich bewundere diejenigen, die die Disziplin aufbringen, regelmäßig Zeit für eine eigene Andacht und zum Lesen in der Bibel zu finden.

Das schaffe ich zugegebenermaßen eher selten.

Da ist es um wichtiger, zumindest mal die Herrnhuter Losung zu lesen und so einen Ausgangspunkt für ein paar Gedanken für unterwegs mitnehmen zu können. Wirklich häufig ist das auch richtig hilfreich für den Tag, für die Belastungen und die Entscheidungen, die vor einem liegen.

Und es passt, wie auch gestern, als ich mir die Gedanken für Heute aufgeschrieben habe:

**Der Herr sprach zu Abraham: Geh aus deinem Vaterland und von deiner Verwandtschaft und aus deines Vaters Hause in ein Land, das ich dir zeigen will.** (1. Mose 12,1)

Da geht es darum, sich auf den Weg machen und Aufgaben zu übernehmen. Das ist sicher kein Plädoyer, die Eltern zu verlassen und Herkunft zu verleugnen. Es ist aber die Aufforderung, raus zu gehen, sich nicht die Gemütlichkeit des angestammten und sicheren Zuhauses genug sein zu lassen. Die Aufforderung, nicht weltabgewandt die Frömmigkeit zu pflegen, die man immer hatte.

**Im Hafen ist ein Schiff am sichersten.  
Dort zu bleiben ist aber nicht seine Aufgabe.**

Wir alle haben Aufgaben von Gott erhalten.

**Gottes Gaben sind auch Gottes Aufgaben.**

Jeder hat Gaben, jeder hat Freiheit. Daraus erwachsen uns Aufgaben. Wir müssen nutzen, was wir haben. Wir müssen nutzen, was wir von Gott bekommen haben.

Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen und ihr gerecht werden. Für Menschen handeln, sich um den Nächsten kümmern. Nicht den bequemsten Weg gehen.

Das ist ein Stück Weg, den mein Glaube mir vorgibt.

Das ist die Motivation, überhaupt Verantwortung in dieser Gesellschaft zu übernehmen.

Und das nicht nur in der eigenen Familie, im eigenen Freundeskreis, in der eigenen Gemeinde, sondern allgemein in der Gesellschaft.  
Politik ist ein Teil davon.

Natürlich muss nicht jeder Christ in der Politik Verantwortung übernehmen. So viele Positionen gibt's es da auch wieder nicht und deshalb könnte das auch gar nicht mein Interesse sein.  
Aber irgendwo in der Gesellschaft sollte man als Christ schon bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Und das auch in der Politik, im Titus-Brief steht im 3. Kapitel:

**Erinnere alle in der Gemeinde daran, sich der Regierung und den staatlichen Behörden unterzuordnen. Sie sollen ihnen gehorchen und darüber hinaus bereit sein, bei allem Guten mitzuwirken.**  
(Vers 1, Übersetzung "Die Gute Nachricht")

**... damit alle, die zum Glauben an Gott gekommen sind, darauf bedacht sind, sich mit guten Werken hervorzutun. Das ist gut und nützt den Menschen.** (Vers 8, Luther Übersetzung)

Dabei geht es um das Wohlergehen in dieser Welt, nicht um das Seelenheil. Gutes tun für Menschen, soweit das möglich ist.

Vertrauen in Gott nimmt uns nicht die Verantwortung in der Welt ab.  
Gebet und Verantwortung passen sehr gut zusammen.

Natürlich bete ich für einen sicheren Weg, aber gleichzeitig muss ich doch meinen Teil der Verantwortung übernehmen. Sich auf Gott zu verlassen bedeutet ja auch nicht, im Auto auf Sicherheitsgurte zu verzichten. Gurte zu benutzen kann man nicht als Zeichen von Unglauben werten.

Mich beeindruckt Martin Luthers Satz:  
**Bete, als nütze die Arbeit nichts.**  
**Arbeite, als nütze das Beten nichts.**

Oder:  
Erbitte Gottes Segen für Deine Arbeit,  
aber erwarte nicht, dass er sie auch noch tut.

Wir müssen uns auch schon selbst auf den Weg machen und Verantwortung übernehmen. Beim Autofahren, beim Erwerb unseres

Lebensunterhalts und auch bei der politischen Gestaltung unserer Umgebung.

Was sind die Wegmarken?

Glaube und die christliche Vorstellung vom Menschen müssen **Leitschnur** des Weges und unseres Handelns sein.

Christliche Politik: Das geht nicht. Die gibt es nicht. Dazu später. Staat und Partei ist aber auch keine Kirche oder Missionsanstalt. Das christliche Menschenbild ist aber als Basis für alle Entscheidungen wichtig.

Faktisch ist das christliche Menschenbild sogar die Basis unseres Staates. **Wir brauchen da auch eine Klammer, ein Leitbild, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Eine Leitkultur, einen gemeinsamen Fundus an Wertvorstellungen.**

Solche Grundüberzeugungen unserer Gesellschaft müssen immer wieder erneuert werden und die Quellen, aus denen sie gespeist werden, dürfen nicht versiegen oder zugeschüttet werden.

Das Leitbild unserer Gesellschaft ist das christliche Menschenbild. Für mich ist es Wegmarke für meinen Weg in der Politik.

Der entscheidende Bestandteil dieses christlichen Menschenbildes ist das Bekenntnis zur unantastbaren Würde eines jeden einzelnen Menschen. Als Geschöpf Gottes hat jeder Mensch den gleichen Wert, unabhängig von seiner individuellen gesundheitlichen oder sozialen Situation oder davon, welchen Nutzen er für andere hat. Gleichzeitig hat der Mensch die Freiheit, selbst sein Leben zu gestalten. Auch die Freiheit, sich für oder gegen Gott zu entscheiden. So ist der Mensch geschaffen, jeder einzelne.

Für mich ist an dieser Stelle wichtig, nicht nur ein christliches Menschenbild zu haben, sondern auch ein christliches Gottesbild:

Wenn der Mensch als Geschöpf Gottes diese Würde hat, also auch mit Grundrechten ausgestattet ist, dann kann der Staat solche Rechte nicht mehr gewähren, sondern nur anerkennen. Ein Staat, der Grundrechte aus sich heraus gewährt, kann sie auch wieder einsammeln. Das haben wir in Deutschland erlebt.

Deshalb ist mir der christliche Gottesbezug in der EU-Verfassung nach wie vor wichtig. Ich hoffe, die neu erforderlichen Verhandlungen machen das möglich.

Würde, Freiheit, Solidarität sind die zentralen Begriffe unseres Menschenbildes. Dieses Bild vom Menschen entspricht christlicher Glaubensvorstellung, ist aber längst zum europäischen Menschenbild geworden. Auch ohne Glaubensbasis ist das für Christen und Nichtchristen nachvollziehbar.

Das ist auch wichtig: Unser Staat ist ein Staat mit Wertebasis, der aber nicht die Menschen in ihrem Glauben bevormundet.

Dieses Menschenbild ist in Gesetz gegossen als Grundrechte im Grundgesetz.

Es ist die Grundlage unserer offenen und toleranten Gesellschaft, von der gerade auch Andersgläubige profitieren, weil sie selbstverständlich auch Religionsfreiheit sichert.

Menschenwürde ist etwas, was vor allem am Beginn, aber auch am Ende des Lebens wichtig ist. Selbstverständlich auch für alle anderen Lebensbereiche. Sie darf auch nicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sein.

In einem Land, das sehr viele Zuwanderer hier willkommen heißt, muss darauf geachtet werden, dass nicht in bestimmten Zuwanderermilieus Grundrechte vorenthalten und beispielsweise Zwangsehen geschlossen und die Gleichberechtigung der Frau missachtet werden. Multi-kulti ist kein Konzept für Deutschland.

Toleranz darf nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden.

Wir müssen mehr darauf achten, dass für alle in Deutschland alle Rechte gelten. Weltanschauliche Neutralität des Staates darf nicht Wert-Losigkeit bedeuten oder dass alles gleich gültig sei.

Religionsfreiheit muss Schülerinnen die Möglichkeit geben, mit islamischem Kopftuch in die Schule zu gehen. Bei Lehrerinnen, die im Unterricht den Staat repräsentieren, muss der Staat das unterbinden. Es steht für Wertvorstellungen, die eben nicht Basis unserer Gesellschaft sind. Das Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen wird gerade entsprechend ergänzt.

Diskutiert wird über die Auswirkung auf christliche Symbole in unserem Land. Die sind aber nicht "nur" religiöse Symbole, sondern stehen gleichzeitig für die christlich abendländische Kultur und damit für die offene und tolerante Gesellschaft, für die Werte unseres Grundgesetzes.

Man darf nicht beides auf eine Stufe stellen.  
Wir dürfen uns nicht den Boden unter den Füßen wegziehen lassen.  
Wir dürfen die Quellen unserer Wertvorstellungen und die Quelle unserer offenen und toleranten Gesellschaft nicht verschütten.

Menschenwürde beginnt nicht erst mit der Geburt.  
Das Experimentieren mit Embryonen und das damit verbundene Vernichten menschlichen Lebens müssen wir weiter verhindern.  
Deutschland hat das restriktivste Embryonen-Schutz-Gesetz weltweit, das muss so bleiben. Bewertung und Auswahl von menschlichem Leben kann die CDU auch nicht unter dem Deckmantel medizinischer Forschung akzeptieren. Auch mit den massenhaften Abtreibungen in unserem Land dürfen wir uns nicht abfinden.

Menschenwürde spielt auch am Lebensende eine große Rolle: Aktive Sterbehilfe darf es nicht geben: Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass dann alte Menschen schnell einen Erwartungsdruck zur Inanspruchnahme empfinden. Jedes Leben ist wertvoll, deshalb müssen stattdessen Sterbebegleitung und Hospizdienste weiter ausgebaut werden.

Aber auch für den normalen Alltag gilt es, die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Jeder braucht einen Platz in der Gesellschaft, keiner darf sich überflüssig fühlen. Das ist aber bei vielen der Fall.  
Mit der Arbeitslosigkeit dürfen wir uns nicht abfinden, sondern müssen alles tun, was die wirtschaftliche Gesundung unseres Landes ermöglicht.  
Das gebietet die Achtung der Würde der Menschen. Das ist wichtig und nicht die ohnehin falsche Bekämpfung jeglicher Einsparungen im Haushalt.

Unsere Gesellschaft braucht mehr Freiheit und weniger Gängelung.

Damit habe ich ganz grob skizziert, welche konkreten Maßnahmen ich für wichtig halte. Und das auf der Basis meiner christlichen Verantwortung und dem Willen, durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Würde der Menschen besser gerecht werden zu können.

Aber deshalb kann ich doch nicht behaupten, Deregulierung sei christliche Politik. Wenn jemand auch auf der Basis seiner christlichen Überzeugung zu gegenteiligen Ergebnissen kommt, muss ich das auch akzeptieren. Ich

erwarte jedoch, dass auch umgekehrt mir niemand vorwirft, unchristlich zu handeln. Da haben große Teile der evangelischen Kirche sicher in der Vergangenheit sehr viele Fehler gemacht. Bei allen Entscheidungen gibt es Aspekte, die Menschen belasten, die einen selbst belasten und die auch irgendwie Schuld bedeuten. Verantwortung bedeutet aber gerade, im Interesse der größeren Gemeinschaft zu entscheiden, auch wenn es hart ist.

Natürlich bin ich gegen bewusstes Verletzen oder gar Töten von Menschen. Trotzdem entscheide ich, auch todbringende Waffen für die Polizei zu finanzieren und ihren Einsatz notfalls für richtig zu halten, weil es aus Verantwortung für die ganze Gemeinschaft richtig ist.

Natürlich ist es schlecht, wenn die von der alten NRW-Landesregierung hinterlassene Finanzmisere nun dazu zwingt, den Menschen überall richtige Opfer aufzubürden und wenn dabei auch Familienberatung und vieles mehr beschnitten wird. Wenn wir uns aber etwas generationengerechter verhalten wollen und den Schaden für unsere Kinder endlich begrenzen wollen, gibt es keinen anderen Weg.

Natürlich ist das alles schwer und öfter fragen mich schon mal Leute, ob es denn nicht viel zu große Konflikte für einen Christen in der Politik gäbe. In der Realität gibt es natürlich viele Konflikte, ganz oft aber auch mit Leuten, die auch bewusst auf der Basis christlicher Werte argumentierend zu anderen Ergebnissen kommen. Und für Einzelne harte Entscheidungen müssen auch anderswo getroffen werden, auch bei der Kirche. Ich bin Mitglied der Kreissynode meines Siegener Kirchenkreises. Ich habe aber noch nie erlebt, dass jemand gefragt hat, ob man es denn als Christ verantworten könne, Mitglied der Kreissynode zu sein. Das wäre ja auch paradox. Genauso paradox ist diese Frage bezogen auf die Politik.

Während meiner Zeit als Bürgermeister wurden bei uns im Gemeinderat üblicherweise rund 90 Prozent der Entscheidungen einvernehmlich getroffen, die restlichen 10 Prozent dominierten jedoch die Presseberichte. Mich fragten dann schon mal einige aus der Gemeinde ganz vorwurfsvoll: "Müsst Ihr Euch denn immer so streiten?"

Und dann wurde im Vereinshaus unserer Landeskirchlichen Gemeinschaft die Frage diskutiert, ob denn sonntags die abendliche Stunde um 19.30 Uhr oder um 20.00 Uhr beginnen sollte. Das geschah auf einem sehr eindrucksvollen, emotionalen Niveau. Simple Hinweise darauf reichten dann, um die früheren Fragen völlig zu unterbinden.

Gegenseitige Achtung und Freiheit ist etwas, was aber auch miteinander in Konflikt geraten kann.

Das zeigt uns der aktuelle Karikaturen-Streit. Gewalt ist natürlich keine Antwort. Aber zu Recht wird jetzt auf die Notwendigkeit hingewiesen, religiöse Gefühle anderer zu achten. Auch das ist neben der selbstverständlichen Pressefreiheit ein Gebot der Toleranz. Im Verhältnis zu unserer eigenen Religion haben wir das viel zu lange missachtet und hemmungslose Beleidigung und Entstellung christlicher Werte im Namen von Meinungs- und Kunstfreiheit akzeptiert. Das erschwert jetzt den Dialog mit dem Islam, denn wer nicht einmal die eigene Religion achtet, ist kaum ein seriöser Gesprächspartner und wird nicht ernst genommen. Die Hand zum Dialog ausstrecken kann nur der, der selbst einen festen Stand hat. Wer Dialog führen will, muss wissen, was er vertritt und warum.

Der Weg in der Politik muss Grenzen überschreiten, an anderer Stelle auch Grenzen sehen und Grenzen setzen.

Grenzen überschreiten, wenn es darum geht, auf Menschen zuzugehen. Auf Menschen, die man vielleicht sonst eher meiden würde: Gefängnisinsassen oder einfach unangenehme Zeitgenossen. Dialog führen ist wichtig, gerade mit anderen Kulturen. Grenzen überschreiten aber auch ganz direkt gemeint: Verantwortung sehen auch für die Menschen in Afrika oder der Ukraine.

Grenzen setzen, wenn es zum Beispiel um Bioethik geht. Grenzen aber auch sehen, wenn es zum Beispiel um viel zu große Staatsgläubigkeit geht: Nicht alles ich machbar. Das gilt auch für unser Bild von uns selbst: Mehr Demut angebracht.

Mir persönlich wichtig geworden ist eine Bibelstelle, die auch ein Stück politisch relevant ist:

Die Geschichte vom Brennender Dornbusch in 2. Mose 3, Mose fragt Gott: "Wer bist Du?"

Gott antwortet: "**Ich bin, der ich bin.**"

Das ist nicht direkt eine Antwort, aber wie soll auch eine Antwort aussehen, die die Identität des Schöpfers in seiner Unendlichkeit umschreiben könnte. Also überrascht diese Antwort nicht.

Aber Mose fragt weiter: "Wer bin ich?"

Da antwortet Gott ganz anders, als wir das erwarten würden und als Menschen diese Frage beantworten würden. Wir würden beschreiben, charakterisieren, einsortieren: Mose ist mutlos und kann auch nicht richtig reden, das lesen wir ja auch später im Kapitel. Aber für Gott ist der Mensch viel mehr als die Summe aus Eigenschaften und Problemen. Das ist nicht mal entscheidend.

Gott antwortet nämlich: **Ich werde immer bei Dir sein.**

Die Antwort ist ganz anders, als Menschen sie geben würden. Er antwortet mit einer Zusage. Mit der Zusage, uns eben nicht allein zu lassen mit unseren Sorgen, Gebrechen oder Problemen.

Gott begleitet Mose auf seinem Weg, auch politische Verantwortung für sein Volk zu übernehmen. Denn darum geht es hier. Das gibt auch uns fröhliche Gelassenheit angesichts unserer eigenen Unzulänglichkeiten.

Und deshalb zum Abschluss die Tageslosung von heute:

**Der Herr, der König Israels, ist bei dir, dass du dich vor keinem Unheil mehr fürchten musst.** Zefania 3,15

Da heißt es nicht, dass alles leicht wird und uns kein Unheil trifft.  
Auch nicht, dass Haushaltsberatungen jetzt ganz von selbst laufen.  
Aber wir sind nicht allein. Ich wünsche uns allen diese Gewissheit.  
Für unser privates Leben, aber auch für unser Handeln für die Gemeinschaft.

Dann werden wir es schaffen, dass unser Weg auch unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen gerecht wird.